

Im Auftrag des



Rheinland-Pfalz
MINISTERIUM FÜR SOZIALES,
ARBEIT, GESUNDHEIT
UND DEMOGRAPHIE

Protokoll zum Beteili- gungsforum „Armut be- geggen – gemeinsam handeln“

Koblenz

01.12.2017

Protokoll wurde erstellt durch:

Organisationsberatungsinstitut Thüringen – ORBIT e. V.

Arvid-Harnack-Straße 1

07743 Jena

www.orbit-jena.de

Telefon: (+ 49) 03641 / 636 99 16

Fax: (+ 49) 03641 / 636 99 17

Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Bauhofstraße 9

55116 Mainz

<https://msagd.rlp.de>

www.armut-begegnen.rlp.de

Telefon: (+ 49) 06131 / 162027

INHALT

1 Ablauf	4
2 Begrüßung.....	5
3 Input	7
4 Ergebnisse der Thementische.....	8
4.1 Individuelle Ebene	8
4.2 Strukturelle Ebene	16
4.3 Perspektive Beteiligungsprozess.....	22
Anlagen	25

1 ABLAUF

ab 09.00 Uhr	Ankommen (Kaffee/Tee)
09.15 Uhr	<p>Grußworte</p> <p>Sabine Bätzing-Lichtenthäler Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz</p> <p>Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig Oberbürgermeister der Stadt Koblenz</p>
09.45 Uhr	<p>Einführung</p> <p>Ines Morgenstern ORBIT e.V. (wissenschaftliche Begleitung)</p>
09.50 Uhr	<p>Impuls Projekt „Vermittlungsstelle Seniorenjobs“</p> <p>Ute Poßmann - Kreisverwaltung Mainz-Bingen</p>
10.15 Uhr	<p>Diskussion</p> <p>an fünf Thementischen in drei Runden Moderation: ORBIT e.V.</p>
12.30 Uhr	<p>Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick</p> <p>Ines Morgenstern ORBIT e.V.</p>
12.45 Uhr	Dialog und Ausklang

2 BEGRÜßUNG

Mit Beginn des Jahres 2017 hat das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie einen landesweiten Beteiligungsprozess zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gestartet. Das Anliegen von Sozialministerin Bätzing-Lichtenthäler ist es, gemeinsam mit den relevanten Akteuren vor Ort, aber auch mit den Menschen in prekären Lebenslagen selbst, konkrete Handlungsansätze zu erörtern und zu initiieren, um die Situation von sozial benachteiligten Menschen, wie Erwerbslosen, Geringverdienern, Alleinerziehenden, Familien mit mehreren Kindern, Wohnungslosen, überschuldeten Menschen, etc. spürbar zu verbessern.



In der ersten Jahreshälfte führten Frau Ministerin Bätzing-Lichtenthäler und Herr Staatssekretär David Langner persönliche Gespräche mit betroffenen Menschen, um deren Probleme, Sichtweisen und Lösungsansätze zu erfahren. Diese Praxisbesuche vor Ort waren der erste Schritt des mehrjährigen Beteiligungsprozesses „Armut begegnen – gemeinsam handeln“, welcher als Besuchs- und Veranstaltungsreihe konzipiert ist. Von September 2017 bis Februar 2018 finden Beteiligungsforen in unterschiedlichen Teilen von Rheinland-Pfalz statt. Anschließend möchten wir Kommunen finden, die ab 2018 gemeinsam mit uns Beteiligungsworkshops durchführen. Ziel der Workshops ist es, konkrete und bedarfsspezifische Maßnahmen - sowohl auf kommunaler Ebene als auch auf Landesebene - zu erörtern.

Das Organisationsberatungsinstitut Thüringen aus Jena – ORBIT e.V. unterstützt im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie den Prozess, bereitet insbesondere die Veranstaltungen vor, moderiert und dokumentiert die Ergebnisse.

Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses sollen im Anschluss in einen landesweiten Aktionsplan gegen Armut einfließen. Dieser kann zum Beispiel best-practice-Beispiele oder Ideen für Angebote, Strukturen und konkrete Veränderungen beinhalten, aber auch der Positionierung in bundespolitisch relevanten Aspekten dienen.

Der Erfolg des Vorhabens hängt ganz wesentlich von der Unterstützung der Kommunen, Jobcenter und der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit sowie weiterer

wichtiger sozialer Akteure im Land, wie die der Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Wohnungswirtschaft, etc. ab. Der komplexen Problematik Armut kann nur durch ein gemeinsames, koordiniertes und zielgerichtetes Handeln begegnet werden. Daher möchte wir alle Interessierten und Engagierten ganz herzlich bitten, den landesweiten Beteiligungsprozess „Armut begegnen – gemeinsam handeln“ zu unterstützen.

Darüber hinaus wird der Prozess von einem Beirat begleitet, der der Unterstützung und Beratung dient. In diesem Gremium sind neben anderen Ressorts der Landesregierung auch Vertreterinnen oder Vertreter unserer externen Partner, wie der LIGA, der Landesarmutskonferenz, der Kirchen, der Kommunalen Spitzenverbände, des DGB, der Regionaldirektion, der Landesvereinigung der Unternehmensverbände und der Wohnungswirtschaft vertreten.

Wer Interesse hat, sich in den Prozess einzubringen und kreativ an der Entwicklung von Maßnahmen und Strukturen zur Armutsbekämpfung mitzuwirken, zum Beispiel im Rahmen einer der geplanten Veranstaltungen, kann sich gern initiativ melden, zum Beispiel über das Kontaktformular auf der Internetseite www.armut-begegnen.rlp.de oder direkt an ORBIT e.V. unter der E-Mail-Adresse armut-begegnen@orbit-jena.de.

3 INPUT

Frau Ute Poßmann von der Kreisverwaltung Mainz-Bingen stellt die „Vermittlungsstelle Seniorenjobs“ vor. Diese ist eine Initiative des Seniorenbeirates des Landkreises Mainz-Bingen sowie des Geschäftsbereichs „Soziales“ der Kreisverwaltung Mainz-Bingen. Unter dem Motto „Wie vermitteln die Generation-60plus-ERFAHRUNG“ nimmt die Vermittlungsstelle zwei gesellschaftliche Phänomene in den Blick: Das zunehmende Bedürfnis von Rentnern/innen nach Verdienstmöglichkeiten zum einen und den demografischen Wandel zum anderen.

Die Vermittlungsstelle verfolgt insgesamt einen proaktiven Ansatz: Ihre Tätigkeiten sollen durch die gezielte Nutzung des Erfahrungs- und Arbeitspotentials älter Menschen Entwicklungen der Demografie beziehungsweise des Arbeitsmarktes aufgreifen und zudem der Verbesserung individueller Lebenslagen dienen. Vor diesem Hintergrund lautet das Ziel der Aktivitäten Schaffung einer Vermittlungsstelle für Nebentätigkeiten/Zuverdienstmöglichkeiten für Rentner/innen im Landkreis Mainz-Bingen.

Im Rahmen der Vermittlungsstelle werden derzeit Fachkräfte mit einem Stellenumfang einer halben Vollzeitstelle tätig. Interessant ist dabei, dass sich das Angebot sowohl an Arbeitssuchende als auch an Arbeitsgebende richtet. Ein wesentliches Instrument ist die neu geschaffene Internetplattform. Arbeitssuchende und Arbeitsgebende können Gesuche aufgeben beziehungsweise in den vorhandenen Anzeigen nach potentiellen Stellen/Arbeitnehmern/innen suchen. Neben der Vermittlungstätigkeit werden auch Informationen rund um das Thema Erwerbstätigkeit im Alter zur Verfügung gestellt. Zudem halten die Mitarbeiter/innen dezentrale Sprechstunden vor.

Die Vermittlungsstelle kann seit ihrer Gründung auf steigende Fallzahlen verweisen. Dabei betreffen die Jobgesuche völlig unterschiedliche Tätigkeitsbereiche. Am bedeutendsten sind dabei „Aushilfe/Aufsicht“ (23%), „Büro“ (16%), Hauswirtschaft (15%), Gastronomie (15%) und „Sozialer Bereich“ (15%). Zudem sind die Profile der Bewerber/innen relevant. 67 % derselben sind hier dem Bereich „Büro“ zugeordnet (alles Stand 31.07.2017). Frau Poßmann gibt abschließend zu bedenken, dass Potential der „Vermittlungsstelle Seniorenjobs“ sei noch nicht ausgeschöpft.



Abbildung 1 Frau Poßmann von der Kreisverwaltung Mainz-Bingen

4 ERGEBNISSE DER THEMENTISCHE

4.1 Individuelle Ebene

Welche Bedürfnisse und Bedarfe der von Armut Betroffenen gilt es in den Fokus zu nehmen?

Bildung

- Auf biografische Übergänge zwischen Schule und Beruf müsse ein besonderes Augenmerk gelegt werden, diese liefen nicht immer „typisch“ geordnet.

Finanzielle Situation

- ALG II-Sanktionen führten einerseits zur Verschlechterung der Lebenslage, sorgten jedoch andererseits für eine Mindestmotivation bei (unmotivierten) Betroffenen.
- Obdachlosigkeit von jungen Menschen resultiere oft aus 100%-Sanktionen des Jobcenters.
- Renten seien extrem niedrig.
 - Minijobs müssten angenommen werden.
 - Renten und Lebensabend könnten nicht genossen werden.
 - Ursachen von Altersarmut: Erziehungszeiten, Arbeitsausfälle, niedrige Löhne
- Zugang zum Arbeitsmarkt als grundlegende Voraussetzung zur Prävention und Bewältigung von Armut
- Arbeit mit gesamter Familie, um Zugang zu Arbeit für alle, also auch zukünftige Generationen, zu ermöglichen
- Junge Menschen, die in Familie kaum Unterstützung bekommen, haben Probleme, Ausbildungsplätze zu finden.

Gesundheit

- Armut und Gesundheit stünden in einem Zusammenhang.

Teilhabe und Anerkennung

- Von Armut Betroffenen müsse ein würdevolles Leben ohne Scham ermöglicht werden
- Arbeitslosigkeit in Würde sei möglich wenn:
 - ein Grundeinkommen bestünde (z.B. könne man dies als Pilotprojekt austesten)
 - Menschen nicht sanktioniert würden

Lebenssituation

- Es sei von einem Zusammenhang zwischen den Lebenslagen der Familien und finanzieller Armut der Kinder auszugehen.

- „Wie selbstverantwortlich können junge Menschen für ihre prekären Lebenslagen überhaupt sein?“
- „Inwiefern können strukturelle Bedingungen von Armut überhaupt auf der individuellen Ebene gelöst werden?“
- Das Thema Frauen und Armut komme meist zu kurz, aber Frauen gelangen durch spezielle Lebensumstände in prekäre Lebenssituationen
 - durch Gewalt geprägte Beziehungen
 - sexuelle Gewalt
 - Teilzeitstellen
 - Armut nach Trennung (z.B. durch Wegfall des Wohnraums und der Mobilität)
- Es sein von einer familiären Verfestigung/Vererbung von benachteiligten Lebenslage/Armut auszugehen.
- Kinderreiche Familien seien besonders armutsgefährdet
- Prekäre Beschäftigung als Armutsrisiko
- Pfändungen als Ausdruck von Armut und prekären Lebenslagen
- Den Betroffenen müsse ausreichend Eigenverantwortung überlassen werden
- Für von Armut betroffene Familien sei qualitative, gemeinsame Zeit notwendig (Entspannung, Urlaub, ...)
- es gäbe einen Bedarf an umfassender Kinderbetreuung, die es allen (auch Alleinerziehenden) ermöglicht zu arbeiten



Abbildung 2 Diskussion an Thementischen

Mobilität

- Die Erreichbarkeit des Umlands und einigen Koblenzer Stadtteilen durch ÖPNV sei teilweise nicht gewährleistet.
- Fahrtkosten hoch, vor allem für Betroffene im ländlichen Raum
- „Recht auf Mobilität“
 - Es sei nötig, die Arbeitsplätze erreichen zu können.
 - „Soziale Armut“ → Kinder seien auf Mobilität angewiesen, um soziale Kontakte pflegen zu können.

Wohnen und Quartier

- Wohnungslose können keine Sozialleistungen beantragen, da sie keine Meldeadresse haben; Beratungsstellen geben ihre Adresse als Möglichkeit an, um Unterlagen zu erhalten; Tendenz zunehmend.
- These: Anzahl (junger) wohnungsloser Menschen nimmt zu (verdeckte Armut).

- ALG II-Empfänger hätten es sehr schwer, eine Wohnung zu finden, Schufa-Eintrag ist zudem problematisch.
- Es sei schwer, mit Kindern eine Wohnung zu finden.
 - Kinder seien laut.
 - Größere Wohnungen seien sehr teuer.
 - Betrifft auch den Mittelstand
 - Menschen seien gezwungen, aufs Land zu ziehen.
 - Für Junge Menschen/Familien fehlen auf dem Land Angebote (z.B. KiTa)
- Wohnraum sei nur noch in Randgebieten von Koblenz bezahlbar.
 - Es bestünde eine Gefahr der Ghettoisierung.
 - Auch im ländlichen Raum seien Wohnkosten teilweise sehr hoch.
 - Sozialer Abstieg; zum Beispiel nach einer Trennung könne sich nur noch eine Wohnung in Randgebieten geleistet werden.
- Grundbedürfnis nach Strom und Wärme
 - Häufig entstünden Schulden durch Energiekosten/GEZ.
 - Energieversorgung stellt ein Grundbedürfnis dar, welches aufrechtzuerhalten sei.

Angebots- und Unterstützungssystem

- Zugang zu Hilfsangeboten
 - Wissen/ Kenntnis über Ansprüche usw.
 - Schnelle Bearbeitung von Anträgen
 - Es bestünde der Bedarf nach einer digitalen Vernetzung aller Beratungsangebote und dass Hilfsangebote über eine einfache Stichwort-Suche gefunden werden können

Welche konkreten Maßnahmen können dazu beitragen, Betroffene dabei zu unterstützen, die prekäre Lebenslage zu überwinden?

Wohnen/Quartier

- Die Stadt könnte für bedürftige Menschen zunächst als Mieter auftreten, der Mietvertrag geht dann später auf die Betroffenen über.
- Soziale Durchmischung in Wohnquartieren sei nötig
 - 20% Sozialwohnungsquote
 - Gezielter Bau von Sozialwohnungen, v.a. in Koblenz-Lützel und Koblenz - Neuendorf
- Energieversorgung: Sozialtarif sei erforderlich
- „Kostenlose Energieversorgung für alle!“
- Energiearmut verhindern
 - Kredite
 - Größter Schuldenanteil (bzgl. Bedarf Energie)

- Zugang zu angemessenen Wohnraum ermöglichen.
 - Wohnraumaufsicht sollte bestehen → es würden teilweise „unwürdige“ Wohnungen vermietet
 - Druck sei zu vermindern → Wohnung zu groß, zu teuer, Umzug wird nicht übernommen. Sind diese Regularien angemessen?
 - Modelle, die Betroffenen helfen, Wohnraum zu finden, z.B. öffentlicher Makler als Helfer bei der Wohnungssuche
 - Koordinatoren/innen im Wohnungsnotfall zuständig, angesiedelt beim Sozialhilfeträger (Stadt oder Kreis)
 - Aufgabe: Vermittlung in soziale Wohnungen
 - Verhinderung von Obdachlosigkeit
 - Wohnraum anmieten aus öffentlicher Hand
 - Ältere Menschen, die ihre Wohnung nicht verlassen wollen, müssen draufzahlen → Aufstockung für Sonderfälle
 - Soziale Durchmischung sollte gefördert werden → „Spielraum für Menschen vergrößern!“
- Schaffung einer Erreichbarkeitsadresse, z.B. bei der Caritas, um im Wohnungsnotfall Post zu erhalten
- Wohnungsgenossenschaften seien positiv.
- Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaften seien wichtig.
- Lahnstein: Baugenossenschaften/Wohnungsgenossenschaften dürften Menschen nicht aufgrund des ALG II-Bezuges und/oder eines Schufa-Eintrages abweisen.
- Integrierte Wohnraumkonzepte Stadt-/Kommune-/Landkreisübergreifend statt Kirchturmdenken
- Schufa-Eintrag dürfe kein Ausschlusskriterium sein bei der Wohnungsvermietung
- Maßnahmen bei Wohnungslosigkeit
 - Erreichbarkeitsadressen für Wohnungslose
 - Keine Sanktionierung der Kosten der Unterkunft; Wohnung müsse sichergestellt sein

Finanzielle Situation

- Verzicht auf ALG II-Sanktionen
- Armutsfeste Grundsicherung und Grundrente
- „Wie ALG II-Sanktionen vermeiden?“ (aus der Perspektive eines Jobcenters)
 - Kommunikation zwischen Leistungsempfänger und -erbringer wichtig
 - Probleme offen angehen
 - Betroffene müssen gesprächsbereit bleiben.

Teilhabe und Anerkennung

- Differenzierung von „den Armen“ (begrifflich)
- Abbau von Schuld- und Schamgefühlen
 - Grundrente → entwürdigender Gang zum Sozialamt solle verhindert werden, Grundrente müsste ausreichend sein, sodass die Menschen nicht zwei verschiedene Bezugsquellen benötigen
- Kostenloser Urlaub für von Armut betroffene Menschen/Familien
- Es müssten reale Chancen für Betroffene geschaffen werden, um wieder auf den ersten Arbeitsmarkt einmünden zu können (Form der Anerkennung).
- Wertschätzung sei Voraussetzung für soziale Teilhabe.

Bildung

- Bildung/Schule habe selbstverständlich zu sein.
- Gelder in Maßnahmen sollten „sinnvoller“ eingesetzt werden; es seien nicht ein „Bewerbungstraining“ nach dem anderen nötig, sondern konkrete, individuelle Unterstützungsleistungen
- Überbetriebliche Ausbildung sollte ausgebaut werden.
- Personal im Jobcenter müsse besser auf diese Zielgruppe vorbereitet sein: Supervision, Schulungen, Umgang mit Frustmietern, oder psychisch Erkrankten Menschen
- Bildungs- und Teilhabe durch Schule

Gesundheit

- Gesetzliche Krankenkasse müssten leisten, auch wenn die Betroffenen Beitragsschulden haben.
- Vollwertige Gesundheitskarte für Migranten/innen nötig (wie „normale“ Karte); müsse verpflichtend sein; würde in den Kommunen nicht umgesetzt
- Gewalt/ sexuelle Gewalt gegen Frauen
 - Dadurch entstehen direkte Folgen für Zukunftschancen
 - Tabuthema - Enttabuisierung sei nötig
 - Aufarbeitung und psychologische Unterstützung seien wichtig
- Prävention hinsichtlich Übergewicht sei zu verstärken
- Abschaffung der 3-Klassen-Gesellschaft im Gesundheitssystem
- Prävention
- Medizinische Versorgung für alle Menschen mit gleichen Leistungen erforderlich

Angebots- und Unterstützungssystem

- ALG II
 - Beratungspflicht bei der ALG II-Gewährung aktiver ausführender (Träger).
 - ALG II: unabhängige „Opferberatung“ sei nötig; Befangenheit der öffentlichen Träger sei vorhanden
 - Öffentliche Träger müssten ALG II-Beratungspflicht konsequenter umsetzen.
 - Beratung hinsichtlich ALG II-Antragsstellung sei nötig, da Menschen damit häufig überfordert sind.
 - Beratungspflicht „aktiver“ ausüben; keine Antragsausgabe ohne erfolgte Beratung
- Leichte Sprache sei bei Anträgen/Formularen/Beratungsformularen/Websites zur Leistungsgewährung erforderlich.
- Modell „Bedarfsgemeinschaftscoaching“ des Landes für deutlich mehr Betroffene zugänglich machen.
- Ausbau allgemeiner Sozialberatung erforderlich
- Spezielle Unterstützungsangebote hinsichtlich Wohnraumsuche seien erforderlich
- Mehr niederschwellige Beratungsangebote und soziale Beratung vorhalten.
- Allgemeine Sozialberatung berät ALG II-Antragsteller; Problem: Personalabbau/Mittelkürzung. Allgemeine Sozialberatung sei notwendig und zudem zu stärken.
- Flächendeckende ganzheitliche Beratung von Menschen, die sich im Leistungsbezug befinden/bedürftig sind, sei erforderlich
- Allgemeine „Lebenshilfe“
- Wohnungssuche
- Konsum/Umgang mit Geld
- Lebensbefähigung
 - Formulare/Anträge
 - Digital
 - Menschen in prekären Lebenslagen müssten u. Umständen einen anderen Umgang mit Geld erlernen



Abbildung 3 Diskussion an Thementischen

- Familie
 - Verhindern, dass Kinder leiden, weil Eltern in einer Daueranspannung durch Armut oder Arbeitslosigkeit sind.
 - Angebote für die ganze Familie schaffen
 - 24h Kitas
 - Das ganze „System Familie“ in den Blick nehmen, „Bedarfsgemeinschafts-Coaching“ als Lösungsansatz
 - Kinderbetreuung sei auszubauen, um Eltern Zeit für Integration zu ermöglichen (auch zu Rand- und Ferienzeiten).
 - Witwen nicht benachteiligen
 - Es sei zu verhindern, dass einige Namen im Sozialsystem immer wieder auftauchen und Armut von einer Generation zur nächsten weitergegeben wird
- Gute Projekte enden meist ohne Ersatz → neue Fördertöpfe müssen gesucht werden, damit Bewährtes nicht wegbricht. Zum Beispiel bei den „Kinderbetreuungslotsen“ Mainz

https://www.vamv-rlp.de/media/file/PM_Abschluss_Kinderbetreuungs-lotse.pdf
- Koblenz: „Jobfux“ oder „Jobscout“ sind gute Projekte, müssten flächendeckender etabliert werden und nicht nur an einzelnen Schulen/Orten → sonst auch Gefahr der Stigmatisierung. „Brennpunkt“ Schulen/Sozialräume.

https://www.koblenz.de/bildung_beruf/jobfux.html

<https://www.cborsplus.de/wordpress/schule/schule-und-beruf/jobscout/>
- Zugang zu Hilfsangeboten sollte vereinfacht werden
 - Allgemeine Sozialberatung → Bekanntheit in Koblenz sollte gesteigert werden/Zugänge
 - kommunale Verantwortung
 - Vernetzung/ Kooperation
 - Mehr Stellen in Beratung seien zu schaffen
 - es bräuchte Beziehungsaufbau und ZEIT
 - Broschüren allein seien nicht ausreichend
 - Angebotsübersicht sollte verbessert werden, es bestünde Ermüdung von der Suche
 - der hohe Betreuungsschlüssel sei schwer umsetzbar für Mitarbeiter/innen in Jobcentern, darunter leide die Qualität der Arbeit
 - Personal in Ämtern: eine Antragsbearbeitung in einem angemessenen Zeitrahmen sei notwendig
 - Sozialleistungssystem sei zu schwer verständlich
 - übergreifende Zuständigkeit für die Menschen, es sei eine „Hand in Hand -Philosophie“ nötig
- Unterstützung für Betriebe sei nötig, damit diese auch Arbeitsplätze für Menschen mit schlechteren Startchancen ermöglichen können

- Verstärkung des öffentlich geförderten Arbeitsmarktes
 - Flexiblere Kinderbetreuung
 - Sozialberatung/Wohlfahrtsverbände sei/en zu stärken und entsprechend zu finanzieren
 - Sozialraumbezogene präventive Sozialberatung mit ressortübergreifenden Schnittstellen schaffen.
 - Betroffene seien bei Maßnahmen von Behörden immer einzubeziehen.
 - Der Beirat des Jobcenters sollte aus Betroffenen bestehen.
 - Keine Privatisierung von Bereichen der Daseinsvorsorge

Mobilität

- Mobilität gewährleisten
 - Arbeitsplatz, der nur mit einem Führerschein zu erreichen ist → Anfangsfinanzierung für ein Auto. Gibt es teilweise, ist jedoch abhängig vom Vermittler
 - bezahlbarer Nahverkehr
 - „Jugendtaxi“, bringt Jugendliche z.B. zum Sportverein (<https://www.rlpdirekt.de/rheinland-pfalz/lebenslagen/Jugendtaxi>)
- Kostenlose Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs für von Armut Betroffene
- Sozialticket: 20% Nachlass auf regionale Verbindungen

4.2 Strukturelle Ebene

Welche Gelingensbedingungen zur Überwindung von Armut braucht es vor Ort und im Land? Welche konkreten Maßnahmen sind in der Armutsprävention erfolgreich?

Arbeitsmarkt

- Aktive Arbeitsmarktpolitik statt „aktivierender“ sei notwendig
- Arbeiten zu müssen trotz Rente sei problematisch
- „Gesetzlicher Mindestlohn“ sei nur eine löchrige Lohngrenze
 - Existenzsichernd könne ein Lohn erst ab 12 €/Stunde sein.
- Arbeit sei als Gelingensbedingung zur Überwindung von Armut anzusehen.
- Arbeitgeberseite sei einzubeziehen und Arbeitgeber in die Pflicht zu nehmen.
 - Bedingungen schaffen um Arbeiten zu können → Kinderbetreuung ermöglichen
- benannte Arbeitslosenzahlen seien zu hinterfragen
 - Problem der Leiharbeit usw.
- Arbeitgeber seien auch:
 - Wohlfahrtsverbände
 - Gewerkschaft
 - Kommunen
 - Bundesagentur für Arbeit
 - Land
- mehr unbefristete Arbeitsverträge und keine sachgrundlose Befristung
- Teilzeit-Vollzeit: Arbeitszeitkonto für Familien und Wechsel zwischen Teilzeit und Vollzeit müsse ermöglicht werden
- Es bräuchte dauerhafte niederschwellige Arbeitsangebote.
- Ehrenamt und Geflüchtete müssten besser über Arbeitsbedingungen aufgeklärt werden → Broschüre DGB sei hilfreich



Abbildung 4 Diskussion am Thementisch

Wohnen

- Bezahlbaren Wohnraum schaffen
- Stromsperren dürfe es nicht geben! (dies sei verfassungswidrig)
- Kommunaler attraktiver Wohnungsbau, gefördert durch das Land!
 - Beispiel Stadt Simmern (www.kreis-sim.de/Bürgerservice/Mitarbeiterverzeichnis/index.php?object=tx%7C2554.2.1&ModID=10&FID=448.142.1)
 - dadurch würden Teilhabe am sozialen Leben und gute Bildungsmöglichkeiten ermöglicht

- Koordinatoren für Wohnraumversorgung in den Kommunen und Nachbetreuung in der Wohnung wäre sinnvoll → Mietwucher könne somit vorgebeugt werden
- Förderung kommunalen Wohnungsbaus
 - vor allem kleine Wohnungen (für eine Person), 3- und 4-Zimmer-Wohnungen
- Viele Menschen, insbesondere Senioren/innen, lebten in Wohnraum der teurer werde, möchten dort aber bleiben
- Der tatsächlich notwendige Wohnraumbedarf (z.B. Größe) bei Wohnungslosen (Bedürftigen) müsse erhoben werden
- Verantwortlichkeiten würden hin und her geschoben zwischen Land und Kommune.
 - Beispiel ambulante und stationäre Betreuung
 - Nachgehende Hilfen nach stationärem Aufenthalt in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe

Stadtentwicklung und Sozialraum

- Umverteilung und Durchmischung in den Wohngebieten für weniger Monokultur
 - Städtebauliche und sozialpolitische Maßnahmen notwendig
- Wie kommt es zu einem sozialen Brennpunkt?
 - Stadtentwicklung sei gefragt.
- Standards für den Mindestbedarf an sozialer Infrastruktur müssten in einer Region definiert sein.

Mobilität

- Mobilität sei herzustellen.
- Sozialticket sei notwendig, in ganz Rheinland-Pfalz übertragbar, bezahlbar für (absolut) maximal 26,44€ oder bürokratiefrei einmalig 23,80€, auch für Regelbedarfsstufe 2
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs im ländlichen Bereich
 - flächendeckend, einheitlich, menschenwürdig, diskriminierungsfrei,
 - Anpassung des Anteils für Verkehr im Regelbedarf der Grundsicherung (ALG II, Grundsicherung im Alter)

Selbstorganisation und Interessenvertretung

- Der Arme müsse sich selbst „laut machen“.
- Selbsthilfestärkung:
 - Selber Akteur werden → aktiv werden
 - Bildung von (Selbsthilfe-)Gruppen
 - Es müsse sich „lohnen“, sich in Selbsthilfegruppen zu organisieren, beispielsweise durch die Vermittlung von Wohnungen oder mehr Geld

Kinderbetreuung

- Kinderbetreuung vorrangig und flexibel gestalten
- Bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuung, insbesondere auf dem Land
- freies Mittagessen für alle Kinder in Kitas und Schulen
- Ferienbetreuung als gesetzlich verankertes, verbindliches Angebot in den Kommunen → Arbeitszeitkonten für Familien

Spezifische Personengruppen

- Mädchen seien zu stärken, um ihnen Perspektiven außerhalb des Haushalts und der Kirche aufzuzeigen
- Es gäbe Zusammenhänge von Gewalt gegen Frauen und Armut.
- Migrationspolitik:
 - Ansatz bei Sprachbarrieren
 - Fehlende Kenntnis: Wie könne man es schaffen, dass die Menschen die Angebote kennen?
- Problem: türkische, ältere Frauen, dessen Mann stirbt, haben wenig Einblick und Geld → hier könnte die Rentenkasse Informationen und Beratung leisten oder vermitteln

Bildung

- Frühkindliche Bildung sei stärker zu fördern.
- Hilfsmittel (Bücher, Schulmaterial) sollten für Familien mit vielen Kindern oder für jene, die knapp über der Armutsgrenze sind durch die Kommune zur Verfügung gestellt werden.
- Schulmittelleihe müsse für Familien deutlich erleichtert werden.
- Problematisch sei, dass es Nachhilfe für ALG II nur bis Schulnote 4 gäbe.
- verpflichtende und sehr gut ausgestattete Ganztagschulen mit guter Betreuung und professioneller Begleitung seien flächendeckend nötig.
- Schulessen kostenlos zur Verfügung stellen
- Beispiel: „Koblenz lernt“ → Studierende, die Nachhilfe und Sprachförderung in der Schule anbieten → jetzt start up
- Patenschafts-Projekte für Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen für eine gute Bildung sollte es geben.
- Chancengleichheit durch Bildung herstellen, um Vererbung der Armut zu verhindern.



Abbildung 5 Diskussion am Thementisch

Unterstützungssysteme

- Frühzeitige Unterstützung durch das Jugendamt sei sicherzustellen.
- Kinder- und Jugendhilfe müsse länger greifen (nicht mit 18 Jahren entlassen).
- Universalität des Kinder- und Jugendhilfegesetzes unabhängig von dem Status (z. B. Migranten/ nicht-Migranten)
- Familienberatung müsse ausgebaut werden:
 - niederschweligen Zugang,
 - Beratung auf pädagogischer, finanzieller Ebene.
- weniger „Projektitis“, keine Projekte auf Zeit und Entfristung von Beratungsstellen
- auch wirksame Projekte, wie das ESF-Projekt „Juwel“ zur Arbeitsmarktintegration junger Menschen im Westerwaldkreis hängen in der Projektlogik fest und müssen ständig kämpfen weitermachen zu dürfen.
- Zugangsmöglichkeiten müssten durch allgemeine soziale Beratung, nicht themenbezogen, vor Ort, als Basisangebot für alle erhöht werden → dabei sei die Mobilität zu berücksichtigen! kostenfreier Nahverkehr bzw. Sozialticket (für Rheinland-Pfalz)
- Sozialfonds solle es in jeder Stadt geben.
- Einführen eines „Reaktionsfonds“ für Beratungsstellen und Institutionen vor Ort aus dem unbürokratisch sofort Not gelindert werden kann
- Integrationsgelder:
 - müssen zweckgebunden sein
 - Gelder „versickern“ in den Kommunen → Haushalte werden „saniert“
 - Integrationsgelder werden vom Land Rheinland-Pfalz „ungerecht“ verteilt
- In Rheinland-Pfalz sei ein differenziertes Hinschauen nötig, um die individuellen Bedarfe einer Familie genau zu erkennen.
- Kontrolle von Leistungsbeschreibung der Anbieter sozialer Dienstleistungen sei nötig, die Realität in Einrichtungen müsse von öffentlichen Stellen geprüft werden.
- Zugänge zu Informationen, Leistungen, Rechte seien zu komplex für Menschen (Ältere, Migranten, geringer Bildungsstand) → Strukturen müssten geschaffen werden, die die Rechtsansprüche gewähren.
- gleichzeitig Sprachkurs und Arbeitstätigkeit für Geflüchtete müssten ermöglicht werden
- verpflichtende Fortbildungen: „Kundenorientierung“, wertschätzender Umgang mit Klient/innen für Mitarbeitende des Jobcenters.
 - Nachweise, Rückförder- und Rechtfertigungsdruck
- Erleichterungen für „Aufstocker“ seien nötig
 - Erreichbarkeit des Jobcenters
 - Zeitfaktor für Arbeitende
 - Personalwechsel
- Erreichbarkeit von Jobcentern sei mitunter schwierig.

- Es entstehe der Eindruck, Jobcenter würden „belobigt“, wenn die ausgereichten Leistungen niedrig seien. Es habe möglicherweise „Struktur“ wenn z.B. Anträge gar nicht ausgehändigt würden.
- Jobcenter: Teilweise erfolge bewusste „nicht Informationen“ über Leistungsansprüche
- Die Qualität der Bildungsträger SGB II müsse dringend überprüft werden und zwar direkt vor Ort und kontinuierlich
- Bürokratie im Jobcenter sei hürdenreich.
- differenzierte Bildungskurse für SGB II- Empfänger/innen seien nötig:
 - Sprachstand,
 - Zusatzproblematik (Alkohol...),
 - Aktivierungsstand,
 - Beschäftigungsfähigkeit.

Finanzielle Situation:

- Zusatzförderung zu ALG II aus der Länderkasse sei nötig
 - bzgl. Wohnraum,
 - bzgl. Grundsicherung,
 - bzgl. Mobilität, öffentliche Verkehrsmittelförderung.
- unbürokratische Mini-Kredite sollten eingeführt werden
- gesetzliche Verpflichtung solle eingeführt werden: Ratenpläne vor Versagen
- Von Armut Bedrohte befänden sich mehr in prekärer Arbeit und im Niedriglohnsektor und leisteten mehr unbezahlte Sorge-Arbeit
- mehr niedrigschwellige Angebote

Strukturelle Bedingungen auf Bundesebene

- Armutsbekämpfung sei kontraproduktiv, da es die strukturellen Ursachen festigt.
- Kindergrundsicherung als Einkommen
 - Zum Auskommen gerade von Alleinerziehenden, um vom Arbeitszwang zu befreien
- Problem der Altersarmut müsse gelöst werden; Es bedürfe einer armutsfesten Grundsicherung und Rente.
- Teilhabe sei mehr als Integration in prekäre Beschäftigungsverhältnisse
- Höherer Mindestlohn notwendig
- Tarifpolitik müsse angepasst werden
- Das Land könne auf die Bundespolitik einwirken.
- Abschaffung der Sanktionen
- Arbeit müsse sich lohnen.
 - Einkommenssteigerung und Senkung der Sozialabgaben
- Einstieg in BGE (bedingungsloses Grundeinkommen)
- Finanzsituation Kommune/ Land = Öffentliche „Armut“ müsse gelöst werden

- Benchmarking der Behörden sei kontraproduktiv
- mehr Geld ins System statt Kürzung. Konkret: Bund kürzt Jobcenter-Budget 2018

4.3 Perspektive Beteiligungsprozess

Zugangsmöglichkeiten zu Betroffenen finden/verbessern

- Beispiel: Anziehungspunkte (second-hand-Geschäfte) ohne Bedürftigkeitsprüfung, somit offen für alle
- Wie könnten Arme erreicht werden?
 - Durch Einladen und spürbare Wirksamkeit, etwa Vermittlung von Wohnung und materiellen Leistungen
- Wie könne mit dem Schamgefühl möglicherweise besser umgegangen werden?
- Beispiel für die Zielgruppe Langzeitarbeitslose: Verdi-Selbsthilfegruppe ALG II als Kontakt
- „Betroffene motivieren sich zu beteiligen in Schulen, Arbeitsämtern usw. Werben zu Mitgestaltung. Traut euch!“



Abbildung 6 Diskussion am Thementisch

Gegenstand des Beteiligungsprozesses / Vernetzung

- Was sei möglich? Gesetzesänderung? Vernetzung?
- Wie könnte sich was für die Betroffenen ändern?
- Beteiligungsprozess müsse drei Ebenen in den Blick nehmen:
 - + Vernetzung der Infrastruktur
 - + Bürgerbeteiligung
 - + Betroffene (zu Akteuren/innen machen) → gutes Beispiel: Quartiersmanagement in Koblenz-Lützel
- Der Beteiligungsprozess habe bereits interne Reflexion ausgelöst (Caritas, Diakonie)
- Eine Allgemeine Sozialberatung bzw. Clearingstellen als erste Anlaufstellen und Lotsen würden benötigt.
- Gutes Beispiel für Kooperation der Akteure/innen: aus einem kommunalen Rechenschaftsbericht zum Thema Armut in Bad Kreuznach wurde ein echter Armutsbericht unter Beteiligung der verschiedenen sozialen Träger und Akteure.
- Allgemeiner Sozialer Dienst: Sozialberatung vernetzen mit Kommunen, Behörden, untereinander in politischen Gremien die Not und die möglichen Aktionen deutlich machen und Lobby für sinnvolle Projekte erhalten.
- Wie könne das Zusammenspiel der sozialen Akteure/innen im Interesse der Betroffenen optimiert werden?

- Beratungsangebot in einem Haus
- Freie Mittel für Koordination
- Die Akteure/innen lösen die Probleme an den falschen Stellen und schoben Bälle und Schuldzuweisungen hin und her. Stattdessen bräuchte es eine Anlaufstelle die ggf. an ein Netzwerk von Fachberatern verweise.
 - „Wir müssten Kollegen sein“ (Jobcenter und Schuldnerberatung)
- Beispiel für einen koordinierten Prozess im Rhein-Hunsrück-Kreis: das Jobcenter hatte vor einiger Zeit eine „Blaue Mappe“ als Laufmappe erarbeitet und an die Klienten ausgegeben; die Mappe wurde von den Betroffenen freiwillig auch bei Kontakten mit anderen Institutionen mitgeführt. Darin wurden alle Aktivitäten eingetragen (das Modell habe funktioniert und den Informationsaustausch verbessert, es lief jedoch aus, weil keiner die Mappen finanzieren wollte) → Außerdem: Problem Datenschutz
- Anzustreben sei eine Rollenklarheit der Prozessakteure/innen
- Einrichtung runder Tische → Verstärkung in der disziplinären Zusammenarbeit
- Alle Akteure/innen einbinden, vor allem auch Sozialbehörden
- Bestehendes Netzwerk: Forum Soziale Gerechtigkeit Westerwald
- Flächendeckendes Problembewusstsein schaffen
- Problem: „Projektitis“, befristete Verträge

Nachhaltigkeit des Beteiligungsprozesses

- Wichtig: Rückmeldung an Betroffene und Akteure/innen: was wird wie umgesetzt? Muss flächendeckend sein! Nicht nur einzelne ausgewählte Kommunen als Projekt!
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Wirksamkeit müsse für Betroffene erfahrbar sein
- Für Betroffene müssten in der derzeitigen Sozialgesetzgebung Hilfsfonds eingerichtet werden. Diese sind derzeit in den wenigsten Städten vorhanden. Zum Beispiel ein Darlehen.
- transparenter Prozess
- Dokumentation
- Steuerungsfunktion bei Kommune → Prozess der Zusammenarbeit müsse begleitet werden, da an den Schnittstellen zwischen den Akteuren immer wieder Befindlichkeiten auftreten und berücksichtigt werden müssen. Das Land könne als Moderator auftreten

(Armut-)Politische Statements

- Jeder habe ein Recht auf ein Zuhause
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ausreichende Finanzierung der Arbeit kann die Armut bekämpfen
- Kinderarbeit
- trotz Arbeit arm?! Wo ist das Wirtschaftswunder geblieben??

Konkrete Maßnahmen

- Vom Land gefördertes (und gefordertes) Modell des sozialen Wohnungsbaus: Attraktive und sozial begleitete Wohnungen abseits vom Markt
- Benchmarking nicht nur aus Kostenperspektive, sondern auch aus Perspektive der Erbringer/innen und Empfänger/innen: Die Effektivität von Maßnahmen solle nicht nur mit Blick auf die eingesetzten Mittel verglichen und bewertet, sondern stärker mit Blick auf die Einschätzung der Wirksamkeit durch Leistungserbringer und -empfänger.

Armutsfolgen

- Versicherungen seien nicht bezahlbar, z.B. Arbeitsunfähigkeitsversicherung

ANLAGEN